

Antrag zum Bundesparteitag in Hirschaid 2024

Datum	12. Juni. 2024
Mitgliedsnummer	
Antragsteller	
Kontakt	
Thema	Basisdemokratie - Fachausschuss für Direkte Demokratie
Abstimmungsfähiger Wortlaut	<p>Start und Ausrichtung für die bundesweite Volksabstimmung und Planung erfolgt im und mit Fachausschuss und damit legitimiert durch Bundesparteitag.</p> <p>Da eine Arbeitsgemeinschaft (AG) fehlt und vorige interne Partei-AGs gescheitert sind, wird ein Fachausschuss für Direkte-Demokratie gegründet, um unsere Parteiposition für kommende Wahlen gemeinsam mit den Ländern zu erarbeiten und ein Konzept sowie Strategien zu entwickeln, wie wir unser 10-Punkte-Deutschland(Rettung)Programm generell für Reichweite und Öffentlichkeitswirksamkeit hervorbringen können. Ebenso werden die finanziellen Mittel für Expertenteams u.a. PC-Programme, Animationsvideos, Social Media, Zeitungsartikel, Arbeitsmaterialien, Berater und Spezialagentur usw. benötigt.</p> <p>„Punkt 1: Ganz klar das A und O für Direkte-Demokratie ist die neue Strukturierung des Ministeriums, der Parlamente, Gemeindehäuser und anderer Verwaltungsorgane, um die Ermöglichung direkter Mitbestimmung der Mitbürger zu gewährleisten.“</p> <p>Dadurch wird der Grundstein für Direkte-Demokratie gelegt, nur so kann dem grassierenden Lobbyismus und der Hinterzimmerpolitik Einhalt geboten werden. Es braucht jedoch Zeit. Daher sind die weiteren Punkte: durch Umfragen von Bürgerinnen und Bürgern priorisiert worden, um ein Parteiprogramm zu erstellen und als delegierter Kandidat (wenn nicht sogar Kanzlerkandidat) mit den Befugnissen zur Chefsache erklärt zu werden, um die kritische Wirtschaftslage in Deutschland schnellstmöglich zu beheben. Das Ziel dabei ist, allen Mitbürgern das Vertrauen, Interesse und das Pflichtbewusstsein auf politischer Ebene wiederzugeben, als Kompass ein Ziel zu geben und zu zeigen, wie wichtig und vorteilhaft direkte Mitbestimmung (Bürgerbeteiligung) realisierbar und bürgernah für die Zukunft unseres Landes ist und sein kann.</p>
Begründung	<p>Wir stehen jetzt vor einer Situation, bei der politische Entscheidungen getroffen wurden, die mehr als fragwürdig sind. Das System der Parteidemokratie hat dafür gesorgt, dass es in Form einer Demokratie nicht funktioniert und die Probleme nicht bewältigen noch zu lösen vermag. Ebenso haben die Aufgabe, miteinander konkurrierende Parteien sich gegenseitig Steine in den Weg legen und lieber bekämpfen statt zusammenzuarbeiten und gemeinsam nach Lösungen zu streben.</p> <p>Auch die Interessen der Parteien sind so unterschiedlich, dass die Entstehung einer Koalition oder Fraktion nicht gewährleistet werden kann, ohne dabei ein Teil seines eigenen und bestimmten Ziels (Parteiprogramm) zu verzichten. Dadurch werden unsere Wählerinnen und Wähler hinters Licht</p>

geführt, weil ihre Partei nicht das einsteht, wofür sie gewählt worden sind. Sie gehen so weit, dass sie die Meinungen, Sorgen, Bitten und Beschwerden ihrer Wähler absichtlich ignorieren und Versprechungen machen, die sie nicht einhalten müssen. Sie sind auch der Grund dafür, dass unsere Gesellschaft gespalten ist. "Ein wahrer Anführer spaltet die Menschen nicht, er bringt sie zusammen." Dabei wird auch die Bevölkerung auf die Probe gestellt, wie weit sie gehen können, ohne an Konsequenzen in Betracht zu ziehen. Was ist das für eine Demokratie, dass wir auch gezwungen werden, eine Koalition oder Fraktion zu bilden!? Ganz klar, wir haben eine (Schein)Demokratie, "also alles ein Lug und Trug". Deutschland verliert dadurch mehr und mehr an Bedeutung und wir erlauben den Repräsentanten zu viel, daher ist unsere Demokratie gefährdet.

Aufgrund dieser Situation herrscht daher seit einiger Zeit eine politische Unzufriedenheit unserer Mitmenschen, sowie die Kommunalwahlen vom 14. Mai spürbar waren, allein in Flensburg eine Wahlbeteiligung von nur 35,7 %. Und die Europawahl vom 9. Juni mit nur 64,8 % - das muss sich ändern. Wir sind der Überzeugung, dass nur durch die Ermöglichung direkter Mitbestimmung der Mitbürger unser schönes Bundesland wieder wachsen kann und die Mitbürger müssen nachhaltig in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Denn sie müssen auch meist ein Leben lang mit diesen Entscheidungen leben. Wir wollen nicht vorschreiben, wo das Krankenhaus stehen soll, ob Abtreibung erlaubt ist oder nicht, ob eine Stadt weiterhin einen Hafen haben darf, ob wir als Land militärische Ressourcen oder Kriegsbeteiligung verpflichtet sind, ob Heizpilze verboten werden oder ob in Städten unbedingt eine autofreie Innenstadt benötigt wird! Nur so kann dem grassierenden Lobbyismus und der Hinterzimmerpolitik Einhalt geboten werden.

Dadurch wird der Grundstein für Direkte-Demokratie gelegt. Wir sollten sie anstreben, um die Repräsentanten durch die Bürger*innen (mit einem Auslosungsverfahren des Zufallsprinzips) in den Parlamenten und Gemeindehäusern mit einer zweiten Kammer einzubinden oder komplett zu ersetzen, aber auch, weil bei den jetzigen Parlamentssitzungen nie voll ausgelastet sind. Die Sitzverteilung liegt "nur ab und zu", gerade mal (z.B. im Bundestag) unter 200 von 709 Abgeordneten. Und diese ... sollen über unser Leben und Gesetze bestimmen dürfen?!

Deshalb sollten wir uns dieser Gründung des Fachausschusses widmen und auf eine einzige Aufgabe konzentrieren: die Umsetzung und Strukturierung der Direkten-Demokratie. Es entspricht den demokratischen Grundsätzen, wir sind überzeugt, dass dies in unsere jetzige Zeit möglich ist. Wir müssen es einfach versuchen. "Es ist nicht wichtig, wie groß der erste Schritt ist, sondern in welche Richtung es geht." Denn wir glauben daran, dass unsere Mitbürger aus verschiedenen Generationen, Bevölkerungsschichten und Lebenserfahrungen einen noch größeren Beitrag leisten können.

Auf diese Weise werden wir unserem Namen der Basisdemokratie gerecht. Die Macht direkt von unten aus dem Volk heraus zu etablieren und die Weisheit der Vielen in konkreten Projekten und der Politik zu nutzen, anstatt die Sichtweise und Ideale eines Einzelnen oder die einer Gruppe zu beherzigen. Denn Hoffnung bedeutet, dass wir anderen die Aufgaben und Pflichten überlassen und in schwierigen Zeiten sie nicht selbst meistern. In Klartext: Das Parteien in ganz Deutschland sollten zukünftig nicht mehr gegeben sein. Wertet Ihr dieselben Ideale für Direkte-Demokratie anstreben und eurer Stimme und als Mensch mit eurer Familie einen Wert geben!?